



## Sieg der «unheiligen Allianz»

SVP und SP setzten sich beim AHV-Geld durch – FDP ist irritiert



**Erste Schachzüge.** SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi. Foto Keystone

Von Michael Surber, Bern

Es gehört zu den Gesetzmässigkeiten des politischen Betriebes, dass freie finanzielle Mittel sogleich die Begehrlichkeiten von Parlamentariern wecken. Jüngstes Beispiel sind die 442 Millionen Franken, die durch die Ablehnung der Rentenreform 2020 von Bundesrat Alain Berset vom letzten September im Budget 2018 noch einen Verwendungszweck suchen.

Natürlich ist auch Finanzminister und Bundeshaus-Routinier Ueli Maurer mit dieser Logik vertraut: «Es ist typisch – wenn plötzlich Geld zur Verfügung steht, dann wachsen die Wünsche, das Geld entsprechend einzusetzen», gab er im Laufe der Budgetdebatte im Nationalrat zu Protokoll. Sowohl Bundesrat als auch Ständerat, der am Montag über das Budget 2018 verhandelte, wollen einen Teil des freigewordene Geld in die Bahninfra-

struktur stecken. Der Rest – 147 Millionen Franken – soll für den Schuldenabbau verwendet werden. Bundesrat Maurer möchte das Geld nicht für kurzfristige Konsumausgaben ausgeben, «sondern wenn schon für Investitionen oder für Schuldenabbau». Mit diesem Kombi-Angebot fand er gestern im Nationalrat jedoch kein Mehrheit – auch nicht bei der eigenen Partei.

Diese marschierte unter Neofraktionspräsident Thomas Aeschi für einmal zusammen mit der SP und in eine ganz andere Richtung als ihr Finanzminister. SVP-Nationalrat Aeschi reichte – auch zur grossen Überraschung der FDP – kurzfristig einen Antrag ein, den er zusammen mit SP-Fraktionschef Roger Nordmann erarbeitet hatte. Und dieser kam gestern im Nationalrat denn auch durch. Die 442 Millionen Franken sollen vollumfänglich der AHV

zufließen – und zwar über mehrere Jahre hinweg. Aeschi spricht von einer zeitlich begrenzten Lösung, die SP strebt hingegen eine unbefristete Finanzhilfe für die AHV an.

### «Einmalige Geschichte»

Der Luzerner FDP-Nationalrat Albert Vitali, der in der Finanzkommission des Nationalrats sitzt, wurde durch den gemeinsamen Einzelantrag von SP und SVP überrascht: «Die Kommissionsmehrheit schlug im November schon vor, die 442 Millionen im Jahr 2018 einmalig in die AHV zu übertragen.» Dies unterstützte auch Vitalis FDP, das Ansinnen scheiterte dann aber in der Kommission des Ständerates. Die Kombivariante von Bundesrat Maurer lehnt die FDP jetzt genauso ab wie jene von Aeschi und Nordmann. Die FDP will die 442 Millionen Franken vollumfänglich für den Schuldenabbau verwenden.

Vitali nimmt auch nach der gestrigen Debatte dieser Antrag der «unheiligen Allianz» SVP/SP enttäuscht zur Kenntnis. Denn zumindest in der Finanzkommission würden FDP und SVP gut zusammenarbeiten. «Ich hoffe, dass dies eine einmalige Geschichte bleibt», sagt Vitali im Hinblick auf den hier offensichtlich gescheiterten bürgerlichen Schulterschluss.

Thomas Aeschi bestätigt zwar Vitalis Einschätzung, dass die Zusammenarbeit in der Kommission zuweilen gut funktioniere, betont gleichzeitig aber auch, dass die Situation im Parlament dann jeweils eine ganz andere sei: «Leider kommt es immer wieder vor, dass SVP und FDP in der Kommission zusammen stimmen würden, dass bei der Abstimmung im Plenum aber Anträge aufgrund vereinzelter Abweichlern bei der FDP scheitern würden – so zum Beispiel diese Woche bei den gescheiterten Kürzungsanträgen zur Entwicklungshilfe oder beim



Bundesamt für Umwelt.»

Aeschi sieht sein mit der SP eingebrachter Vorstoss auch als eine gute Möglichkeit, den zahlreichen Begehrlichkeiten im Parlament zu begegnen. «So wird das Geld wenigstens nicht für Unsinniges gesprochen.»

## Bauern und Entwicklungshilfe werden verschont

**Bern.** Der Nationalrat will die Bauern von Sparmassnahmen verschonen und stockte verschiedene Budgetposten auf. «Gnadenlos» habe sich die kleine Kammer mit der Landwirtschaft gezeigt, sagte Kommissionssprecher Daniel Brélaz in der Eintretensdebatte vom Mittwoch. Die bauernnahen Nationalräte kämpften erfolgreich gegen all diese geplanten Kürzungen. Die grosse Kammer will für die Landwirtschaft insgesamt rund 96 Millionen Franken mehr ausgeben als der Bundesrat, allein 84 Millionen Franken bei den Direktzahlungen. Die Differenz zum Ständerat beträgt 114 Millionen Franken. Die Linken kritisierten die

«Sonderlösung», für die es keine argumentative Grundlage gebe. Die Mehrausgaben im Agrarbereich sollen laut einer Mehrheit im Nationalrat mit Kürzungen im Sozialwesen teilweise kompensiert werden. Für die Sozialhilfe von Flüchtlingen budgetiert der Nationalrat 41 Millionen Franken weniger als der Bundesrat und der Ständerat. Begründet wurde dies mit den sinkenden Asylzahlen. Eher überraschend abgelehnt hat die grosse Kammer weitere Kürzungen bei der Entwicklungshilfe. In der Finanzkommission hatte sich eine bürgerliche Mehrheit noch durchgesetzt. Die Budgetdiskussionen werden am Montag fortgesetzt. SDA